Hauptausschuss

Protokoll Nr. HA/08/2014

über die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am 19.05.2014,
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str.9, R. 4

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 21:30 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Hinrich Schmick

Stadtverordnete

Frau Carola Behr i. V. f. Frau Philipp
Herr Thomas Bellizzi
Herr Jürgen Eckert
Herr Jörg Hansen
Herr Detlef Levenhagen
Herr Jochen Proske
Herr Christian Schubbert-von Hobe
Herr Roland Wilde

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Lara Gerecke Kinder- und Jugendbeirat, bis
TOP 10, TOP 12
Dustin Holzmann
Herr Eckehard Knoll bis TOP 5
Herr Tobias Koch
Frau Brigitte Krogmann bis TOP 5
Herr Achim Reuber
Herr Christof Schneider Seniorenbeirat, bis TOP 10, TOP
12
Frau Gabriela Schwintzer bis TOP 5
Herr Michael Stukenberg

Verwaltung

Herr Michael Sarach
Herr Horst Kienel
Frau Meike Niemann bis TOP 10
Frau Gabriele Fricke bis TOP 9
Herr Fabian Dorow
Herr Robert Link ab TOP 2 bis TOP 9
Herr Dennis Dördrechter Referendar
Frau Birgit Reuter Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Frau Susanne Philipp

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Einwohnerfragestunde
3. Festsetzung der Tagesordnung
4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 07/2014 vom 07.04.2014
5. Bericht des Bürgermeisters
 - 5.1 Aktuelles zu Begegnungen mit den Partnerstädten neben den offiziellen Begegnungen
 - 5.2 Antrag der Volkstanzgruppe des SSC Hagen auf Bezuschussung
 - 5.3 Verkaufsstand der Medaillen "700 Jahre Ahrensburg"
 - 5.4 Tarifabschluss im öffentlichen Dienst
 - 5.5 Unterbringung der DLRG
 - 5.6 Nutzung des Rettungszentrums durch den Kreis Stormarn
 - 5.7 Hortbetreuung Am Reesenbüttel
6. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 26.05.2014
7. Zustimmung zur Wahl des Ortswehrführers der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Ahrensburg - Ortswehr Ahrensfelde - **2014/051**
8. Zustimmung zur Wahl des stellvertretenden Ortswehrführers der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Ahrensburg - Ortswehr Ahrensfelde - **2014/052**
9. Antrag der WAB-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- "Anonymisiertes Bewerbungsverfahren" bei der Stadt Ahrensburg **AN/013/2014**
10. Verschiedenes
 - 10.1 Veräußerung der Medaillen "700 Jahre Ahrensburg"

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Ausschussvorsitzender Schmick begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses.

2. Einwohnerfragestunde

Frau Steinweg lobt die Verschönerung des Rathausplatzes und bedankt sich bei Frau Schmick, auf deren Initiative dieses Projekt erfolgt ist.

Herr Lasa ist Sprecher der Funkturm-Initiative Starweg. Seit ca. 6 Wochen protestiere die Funkturm-Initiative Starweg gegen den geplanten Bau des Funkturms am Starweg. Zwischenzeitlich seien 520 Unterschriften gesammelt mit dem Ziel, dass kein Wildwuchs derartiger Sendeanlagen entstehe, sondern dass die Standorte für Mobilfunksendeanlagen nach dem gutachterlichen Konzept für die ganze Stadt ausgesucht und planungsrechtlich festgelegt werden. Funktürme sollten in einem ausreichenden Abstand zu angrenzenden Wohngebieten aufgestellt werden, damit die Strahlenbelastung minimiert werde und kein Wertverlust der Immobilien erfolge. In unmittelbarer Nähe von Kindergärten und Schulen sollten keine Funktürme und Antennen errichtet werden. Er bittet Bürgermeister Sarach um Auskunft, ob die Initiative davon ausgehen könne, dass diese über den weiteren Fortgang der Verhandlungen der Deutschen Telekom transparent und zeitnah informiert werde. Bürgermeister Sarach bestätigt eine weitere konstruktive Zusammenarbeit.

Eine **weitere Anwohnerin** drückt ihre Sorge um die Gesundheit der Kinder aus und bittet um einen alternativen Standort für den Funkturm. Darüber hinaus regt sie die Erstellung eines Gegengutachtens an.

Zur Anfrage eines weiteren **Bürgers** erklärt Bürgermeister Sarach, dass gemäß § 7 a des 26. Bundesemissionsschutzgesetzes eine verbindliche Einbeziehung der Kommunen in die Standortfrage vorgesehen ist. Da der § 7 a BImSchG erst im letzten Jahr in Kraft getreten ist, ist noch keine konkrete Rechtsprechung vorhanden.

Anschließend geht Bürgermeister Sarach auf den Entwurf eines gemeinsamen Antrages mehrerer Fraktionen zum Neubau eines Mobilfunkturmes ein. In Bezug auf Ziff. 3 des Entwurfes weist er darauf hin, dass Bauantragsgenehmigungen Weisungsangelegenheiten sind und er insofern in der derartigen Fassung des Antragsentwurfes Widerspruch erheben muss. Es könne sich nur um eine politische Willenserklärung der Selbstverwaltung handeln.

Nach Auffassung des **Herrn Knoll** handelt es sich bei dem § 7 a der 26. Verordnung zur Durchführung des Bundesemissionsschutzgesetzes und der LBO um 2 getrennt zu betrachtende Rechtsbereiche. Die § 7 a des 26. BImSchG sei nicht im Zusammenhang mit dem Baurecht zu sehen.

Frau Krogmann erklärt, dass auch mit der Gemeinde Großhansdorf Kontakt aufgenommen worden sei mit dem Ziel, ein gemeinsames Mobilfunkvorsorgekonzept zu erarbeiten und der gemeinsamen Übernahme der Kosten.

3. Festsetzung der Tagesordnung

Die Mitglieder des Hauptausschusses stimmen der Behandlung der Tagesordnungspunkte, 11 „Bericht des Bürgermeisters“, 12 „Vertragsangelegenheit (Vorlagen Nr. 2014/041/1)“ und 13 „Verschiedenes“ in nicht öffentlicher Sitzung gemäß § 46 Abs. 8 in Verbindung mit § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein mit der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitgliedern zu.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

Der Hauptausschuss stimmt anschließend der mit Einladung vom 06.05.2014 versandten Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 07/2014 vom 07.04.2014

Es werden keine Einwände gegen die Niederschrift erhoben.

5. Bericht des Bürgermeisters

5.1 Aktuelles zu Begegnungen mit den Partnerstädten neben den offiziellen Begegnungen

Der aktuelle Stand ist als **Anlage** beigefügt.

Ausschussmitglied Behr weist darauf hin, dass die Verwaltung zum Altstadtfest in Feldkirchen am 4./5.07.2014 ebenfalls vertreten sein sollte.

5.2 Antrag der Volkstanzgruppe des SSC Hagen auf Bezuschussung

In Ergänzung zur Sitzung des Hauptausschusses am 07.04.2014, TOP 6.5, erklärt Bürgermeister Sarach, dass die Folkloretanzgruppe „de Verdreiten Överpetter“ vom SSC Hagen Ahrensburg auf dem Hansetag in Viljandi vertreten ist und für die Fahrt einen weiteren Beitrag in Höhe von 200 € beantragt haben. Vom Bürgermeister ist beabsichtigt, den Zuschuss wegen erhöhter Flugpreise zu genehmigen.

Der Hauptausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

5.3 Verkaufsstand der Medaillen "700 Jahre Ahrensburg"

Bürgermeister Sarach berichtet, dass zurzeit 123 silberne und 10 goldene Medaillen „700 Jahre Ahrensburg“ veräußert worden sind.

5.4 Tarifabschluss im öffentlichen Dienst

Der Tarifabschluss sieht für tariflich Beschäftigte eine Steigerung ab März 2014 um 3 %, mindestens aber 90 € vor. Sockelbetrag und lineare Steigerung ergeben zusammen eine Anpassung von 3,3 %. Insgesamt sind die Personalkosten 2014 in ausreichender Höhe veranschlagt worden. Nachforderungen sind wegen der Tarifabschlüsse nicht erforderlich.

5.5 Unterbringung der DLRG

Die Verwaltung berichtet über den Sachstand zur Unterbringung der DLRG. Ein ausführlicher Vermerk ist dem nicht öffentlichen Teil dieser Niederschrift beigelegt.

5.6 Nutzung des Rettungszentrums durch den Kreis Stormarn

Bürgermeister Sarach berichtet über die Anfrage des Kreises Stormarn zur möglichen teilweisen Nutzung des Rettungszentrums durch den Kreis, um Fahrzeuge des Katastrophenschutzes und die persönliche Schutzausstattung der Helfer unterzubringen. Der Kreis Stormarn zieht 3 Standorte, u. a. auch in Bargtheide und Hammoor in Betracht.

Eine endgültige Festlegung der Kreisverwaltung für den Standort gibt es bislang nicht. Diese soll in einem gemeinsamen Gespräch erfolgen. Da der Termin für die Vorstellung durch Vertreter der 3 möglichen Standorte beim Kreis Stormarn sehr kurzfristig angesetzt ist, wird Bürgermeister Sarach für eine Verlängerung des Termins beim Landrat plädieren.

5.7 Hortbetreuung Am Reesenbüttel

Bürgermeister Sarach berichtet, dass über den Entwurf des Erbbaurechtsvertrages mit dem Kirchengemeinderat und der Stadt über das Grundstück Rudolf-Kinau-Straße 13 bis 17 am 30.04.2014 zunächst Einigkeit bestand. Die Kirche hat in der Vergangenheit eine Wohnung in der Kita Wulfsdorfer Weg nicht entsprechend den mit der Stadt vertraglichen Festsetzungen genutzt. Am 30.04.2014 bestand auch Einvernehmen mit dem Kirchengemeinderat dahingehend, dass die Stadt die rechtswidrige Nutzung nachträglich sanktioniert. Die Kita-Finanzierungsvereinbarung war nicht Gegenstand der Verhandlungen.

Nach dem 30.04.2014, jedoch vor dem Beurkundungstermin, knüpfte der Kirchengemeinderat sein Einvernehmen zusätzlich an die Kita-Finanzierung. Bürgermeister Sarach hat den Sozialausschuss in seiner Sitzung am 13.05.2014 entsprechend informiert.

Bürgermeister Sarach forderte von dem Kirchengemeinderat und dem Kirchenkreis Ost eine rechtsverbindliche Erklärung in dem von der Stadt verhandelten Sinne ohne Kita-Finanzierung und weist darauf hin, dass weitere Verzögerungen nicht mehr vertretbar seien, da spätestens am 20.05.2014 Angebote für den Erwerb von Container eingeholt werden müssen, um die Containeranlage auf dem Gelände der Grundschule Am Reesenbüttel rechtzeitig für den Hortbetrieb noch aufstellen zu können.

Frau Botta reichte am 19.05.2014, 13:30 Uhr, nicht die notwendige Erklärung des Kirchengemeinderates und des Kirchenkreises Ost ein, sondern einen Auszug aus dem Protokoll des Geschäftsführungsausschusses, dass dieser den Verhandlungen zum Erbbaurechtsvertrag wieder auf Grundlage des vom Kirchengemeinderats am 13.05.2014 gefassten Beschlusses, somit ohne Kita-Finanzierung zustimmen wird. Die Erklärung reicht nicht aus, da die erneute Beschlussfassung und Erklärung des Kirchengemeinderates und Kirchenkreises Ost erforderlich war.

Ausschussmitglied Proske verweist auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 14.04.2014 zur Vorlage Nr. 2014/027. Sollten die Voraussetzungen danach nicht bis zum 30.04.2014 vorliegen, ist die Alternative und somit die Containerlösung umzusetzen. Insofern lehnt er weitere Verhandlungen ab. Ausschussmitglied Reuber bezieht sich ebenfalls auf die Einhaltung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung.

Ausschussmitglied Hansen schließt sich den vorgenannten Ausführungen des Ausschussmitgliedes Proske an. Bei Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung sei für ihn Verhandlungsende endgültig der 30.04.2014. Ausschussmitglied Schubbert-von Hobe erklärt, dass bei einer weiteren Verzögerung die fristgemäße Unterbringung der Hortkinder nicht mehr gewährleistet sei und spricht sich deshalb für die Containerlösung aus.

Stadtverordneter Koch erklärt, dass entscheidend der Wille der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung gewesen sei, sodass das Projekt kurz vor Unterschriftleistung nicht an einem formalen Datum scheitern sollte.

Ausschussmitglied Bellizzi vertritt im Namen der FDP-Fraktion ebenfalls die Auffassung, dass der Vertragspartner ausreichend Zeit hatte zur Vertragsunterzeichnung und plädiert für den Erwerb der Containeranlage.

Stadtverordnete Schmick und Holzmann erklären im Namen der WAB-Fraktion, dass das Wohl der Kinder im Vordergrund stehen soll und eine weitere Verzögerung inakzeptabel sei.

Fraktionsübergreifend besteht Einigkeit dahingehend, dass eine Betreuungslösung für die Hortbetreuung zum kommenden Schuljahr rechtzeitig geschaffen werden muss.

Der Antrag auf Ende der Rednerliste wird wie folgt abgelehnt:

Abstimmungsergebnis:

4 dafür

4 dagegen

1 Enthaltung

Stadtverordneter Koch beantragt, die Sachkundige Frau Botta, die von dem Gegenstand der Beratung betroffen ist, anzuhören.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag auf Anhörung der Sachkundigen Frau Botta gemäß § 26 Abs. 2 Ziff. h der Gemeindeordnung mit der erforderlichen Mehrheit zu.

Abstimmungsergebnis:

	5 dafür
	3 dagegen
	1 Enthaltung

Frau Botta erklärt auf Nachfrage, dass am 20.05.2014 vormittags der Erbbauvertragsvertrag notariell beurkundet werden könne.

Anmerkung der Verwaltung:

Der notarielle Termin am 20.05.2014 war unter der Voraussetzung des Einvernehmens der Vertragspartner am 13.05.2014 angesetzt worden; wurde jedoch wegen fehlenden Einvernehmens wieder abgesagt.

6. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 26.05.2014

Der gemeinsame Antragsentwurf „Standort Mobilfunkurm“ ist noch nicht endgültig zwischen den Fraktionen abgestimmt, sodass dieser nicht auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 26.05.2014 gesetzt und eine Beratung in der Stadtverordnetenversammlung am 30.06.2014 vorgesehen ist. Ziel sei es, bis Juni 2014 den Entwurf durch die Fraktionen auf eine breite Basis zu stellen.

Bürgermeister Sarach sagt zu, eine Entscheidung zum Mobilfunkurm bis dahin zurückzustellen, es sei denn, es handelt sich um einen ablehnenden Bescheid.

Im Übrigen wird die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis genommen.

7. Zustimmung zur Wahl des Ortswehrführers der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Ahrensburg - Ortswehr Ahrensfelde -

Die Mitglieder des Hauptausschusses empfehlen der Stadtverordnetenversammlung, der Wahl des Brandmeisters Markus Drews zum Ortswehrführer der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Ahrensburg, Ortswehr Ahrensfelde, zuzustimmen. Nach Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung ist Herr Drews für die Dauer von 6 Jahren zum Ehrenbeamten zu ernennen.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

8. Zustimmung zur Wahl des stellvertretenden Ortswehrführers der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Ahrensburg - Ortswehr Ahrensfelde -

Die Mitglieder des Hauptausschusses empfehlen der Stadtverordnetenversammlung, der Wahl des Hauptlöschmeisters Michael Mey zum stellvertretenden Ortswehrführer der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Ahrensburg, Ortswehr Ahrensfelde, zuzustimmen. Nach Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung ist Herr Mey für die Dauer von 6 Jahren zum Ehrenbeamten zu ernennen.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

**9. Antrag der WAB-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- "Anonymisiertes Bewerbungsverfahren" bei der Stadt Ahrensburg**

Ausschussmitglied Holzmann stellt den Antrag der WAB-Fraktion „Anonymisiertes Bewerbungsverfahren bei der Stadt Ahrensburg, AN/013/2014“, der wie folgt lautet, vor: „Der Hauptausschuss möge in seiner Sitzung am 19.05.2014 beschließen, dass die Verwaltung für zukünftige Stellenausschreibungen testweise ein „Anonymisiertes Bewerbungsverfahren“ einführt. Die Verwaltung möge bis August 2014 über ein geeignetes Verfahren entscheiden und dem Hauptausschuss vorschlagen, welche Stellenausschreibungen in 2014/2015 anonymisiert erfolgen sollen.“ Im „Anonymisierten Bewerbungsverfahren“ sollte in erster Stufe beim Auswahlverfahren auf Angaben, wie Name, Geburtsdatum oder Herkunft verzichtet werden, sodass ausschließlich die Qualifikation der Bewerber zählen würde. So würde nachweislich die Chance, insbesondere für Frauen, Ältere oder auch Menschen mit Migrationshintergrund auf eine Einladung zu einem Vorstellungsgespräch erhöht werden. Grundlage der ersten Stufe des Auswahlverfahrens sei ein passgenau erstellter anonymisierter Online-Bewerbungsbogen, der nur Kompetenzen, Qualifikation, Erfahrung und Motivation erfassen würde. In der zweiten Stufe würden die Personalverantwortlichen die kompletten Unterlagen erhalten und könnten sich auf das Vorstellungsgespräch wie üblich vorbereiten. Rechtlich biete dies Verfahren mehr Sicherheit, dass die Verwaltung bei der Auswahl nicht gegen das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz verstoßen würde. Der Fokus auf die Qualifikation könne die Qualität des Auswahlprozesses erhöhen.

In der anschließenden Diskussion wird einerseits auf den zusätzlichen Arbeitsumfang hingewiesen als auch auf die teilweise geringe Anzahl der Bewerbungen, wobei in Frage gestellt wird, ob sich der Aufwand lohnen werde. Zurzeit erfolgt eine objektive Bewertung durch eine Kommission bei der Stadt, die sich in der Vergangenheit bewährt habe. Die Vorbereitung für dieses Projekt würde Arbeitskräfte binden, die zurzeit auch andere Projekte, wie Gesundheitsmanagement vorrangig vorantreiben sollen.

Andererseits wird darauf hingewiesen, dass der Online-Fragebogen nicht nur zu einer Arbeitserleichterung, sondern auch zu einer besseren Vergleichbarkeit durch gleiche Bewerbungsbögen führen würde. Bei dem derzeitigen Verfahren würden Vorurteile unumgänglich sein, da der Mensch visuell geprägt sei.

Dem Antrag auf Unterbrechung der Sitzung für 2 Minuten wird mit der erforderlichen Mehrheit zugestimmt.

Nach Unterbrechung der Sitzung wird anschließend über nachfolgenden von Ausschussmitglied Holzmann geänderten Antrag abgestimmt:

„Der Hauptausschuss möge in seiner Sitzung am 19.05.2014 beschließen, dass die Verwaltung für zukünftige Stellenausschreibungen testweise ein „Anonymisiertes Bewerbungsverfahren“ einführt. Die Verwaltung möge bis August 2015 ein geeignetes Verfahren dem Hauptausschuss vorschlagen.“

Abstimmungsergebnis:

5 dafür

3 dagegen

1 Enthaltung

Dem geänderten Antrag ist somit zugestimmt.

10. Verschiedenes

10.1 Veräußerung der Medaillen "700 Jahre Ahrensburg"

Ausschussmitglied Schmick moniert, dass der Erlös für das Schloss im Rahmen der Veräußerung der Medaille für die 700-Jahr-Feier Ahrensburg im Verhältnis zum Aufwand (nur ca. 3,5 % vom Verkaufserlös) minimal sei.

gez. Hinrich Schmick
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter
Protokollführerin